



Foto: © AleksandarNakic – istock.com

In Bayerns Zukunft investieren

Steuermehreinnahmen sinnvoll für die Menschen verwenden

VON ULRICH MEYER

Um 700 Millionen Euro werden die Steuereinnahmen des Freistaats im laufenden und kommenden Jahr wohl steigen. Ein beeindruckendes Plus, das Spielräume für Investitionen in wichtige Zukunftsprojekte schafft. Für die Wirtschaftsexpertin der SPD-Landtagsfraktion, [Annette Karl](#), ist jetzt der richtige Zeitpunkt, die Rahmenbedingungen für Unternehmen, Arbeitnehmer und die bayerische Gesellschaft insgesamt zu optimieren: „Die Steuermehreinnahmen, die Bayern erwarten kann, müssen nachhaltig und effektiv für die Menschen im Freistaat investiert werden.“

Für den SPD-Bildungspolitiker [Martin Güll](#) stehen die Schulen hier ganz vorne: „Wir sollten das Geld dort verwenden, wo es den meisten Nutzen bringt. Und das ist eindeutig ein besseres Bildungsangebot durch mehr Ganztags-

schulen und die Renovierung von Schulgebäuden.“ Insgesamt müssen die Familien besser gefördert werden, durch Kinderbetreuung und finanzielle Unterstützung. Besonders wichtig ist Wirtschaftspolitikerin Karl auch die Infrastruktur. „Der Staat ist in der Pflicht, das Rückgrat unseres wirtschaftlichen Erfolgs - die Straßen, Bahnen und Brücken - in Schuss zu halten.“ Der SPD-Haushaltspolitiker [Reinhold Strobl](#) verweist auf die finanzpolitische Bedeutung solcher Sanierungen: „Marode Bauwerke sind eigentlich eine versteckte Verschuldung. Je länger dem Verfall zugeschaut wird, desto teurer wird es für zukünftige Generationen.“

Die SPD-Sozialexpertin [Angelika Weikert](#) sieht die Ursache für die derzeit gute finanzielle Lage vor allem auch in sozialdemokratischer Politik begründet: „Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns führt dazu, dass das

Lohndumping bekämpft wird und die Arbeitnehmer mehr Geld zum Leben haben. Viele Minijobs werden derzeit in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt. So soll es sein!“

Die Kritik von Wirtschaftslobbyisten an den notwendigen Kontrollen des Mindestlohns kann Sozialpolitikerin [Ruth Waldmann](#) nicht nachvollziehen: „Seit dem 19. Jahrhundert wird die Arbeitszeit erfasst. Es ist nicht zu viel verlangt, Anfang und Ende der Arbeitszeit aufzuschreiben. Mehr ist ja gar nicht gefragt. Wo ist da das Problem? Klar ist: Ohne Kontrolle wären die Arbeitnehmer schutzlos und der Mindestlohn würde ausgehebelt. Das werden wir Sozialdemokraten nicht zulassen.“

Landtagsvizepräsidentin [Inge Aures](#) sieht es pragmatisch. „Bayern geht es gut – davon müssen die Menschen in Bayern dann auch profitieren.“

Verbraucherschutz stärken

Angesichts des [Salmonellen-Skandals um Eier](#) aus Niederbayern mit zwei Toten und Hunderten Erkrankten schlägt der SPD-Verbraucherschutzexperte [Florian von Brunn](#) Alarm: „Der Verbraucherschutz in Bayern liegt in Trümmern. Die Kontrollen greifen nicht, die Öffentlichkeit wird nicht informiert, die industrielle Landwirtschaft wird – auf politischen Druck – mit Samthandschuhen angefasst, und Strafanzeigen gibt es so gut wie nie!“ Er verlangt von der CSU-Staatsregierung rückhaltlose Aufklärung dieses Falls und volle Konzentration auf den Schutz der Verbraucher.

Irland zum Vorbild nehmen – Gleichstellung durchsetzen

Die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag fordert die Unionsparteien im Bund eindringlich auf, endlich ihr veraltetes Weltbild aufzugeben und die [rechtliche Gleichstellung](#) von homosexuellen Lebensweisen zu ermöglichen. „Wo Menschen in Liebe füreinander eintreten, sollte der Staat sie nicht diskriminieren, sondern eine Ehe ermöglichen“, betont die Rechtsexpertin [Alexandra Hiersemann](#).

Inhalt

Länderfinanzausgleich.....	2
Bayern Barrierefrei	3
Franz Schindler im Portrait	4
Mobilität der Zukunft	6
McKinsey-Studie.....	7
Vermischtes.....	8



Markus Rinderspacher, Vorsitzender der BayernSPD-Landtagsfraktion

Bürokratiemonster CSU

Eine gute Vermarktung gehört zum politischen Geschäft – keine Frage. Schwierig wird's jedoch, wenn im Kleingedruckten etwas ganz anderes steht als in der Überschrift.

Bayern schuldenfrei! Bayern barrierefrei! Uniklinik für Augsburg! Freibier für alle! Es vergeht keine Woche, in der die Christsozialen nicht mit maximalen Versprechungen an die Öffentlichkeit gehen – um sie kurze Zeit später wieder zu kassieren.

Ein beliebter konservativer Renner: Bürokratieabbau! So hat Horst Seehofer die Paragraphenbremse angekündigt. Wie diese umgesetzt wird, hat jetzt Minister Söder gezeigt: Zur besseren „Außenwirkung“ hat er das Landesamt für Vermessung und Geodaten in „Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung“ umbenannt. Klingt besser, so Söder. Die Folge:

Nur wegen dieser Namensänderung müssen 27 (!) Gesetze, Verordnungen und Rechtsvorschriften geändert werden. Insgesamt werden 132 (!) alte Paragraphen durch neue Paragraphen ersetzt, in denen jeweils nur die alte durch die neue Verwaltungsbezeichnung ersetzt wird. Kosten: mindestens 100.000 Euro. Selten zuvor hat es einen so kostspieligen Verwaltungsaufwand für das Imagespielchen eines einzelnen Ministers gegeben. Ein typischer Söder: Nicht auf den Inhalt kommt es an, sondern nur auf die Außenwirkung. Bayerns Bürokratiemonster hat drei Buchstaben: CSU.

Herzliche Grüße

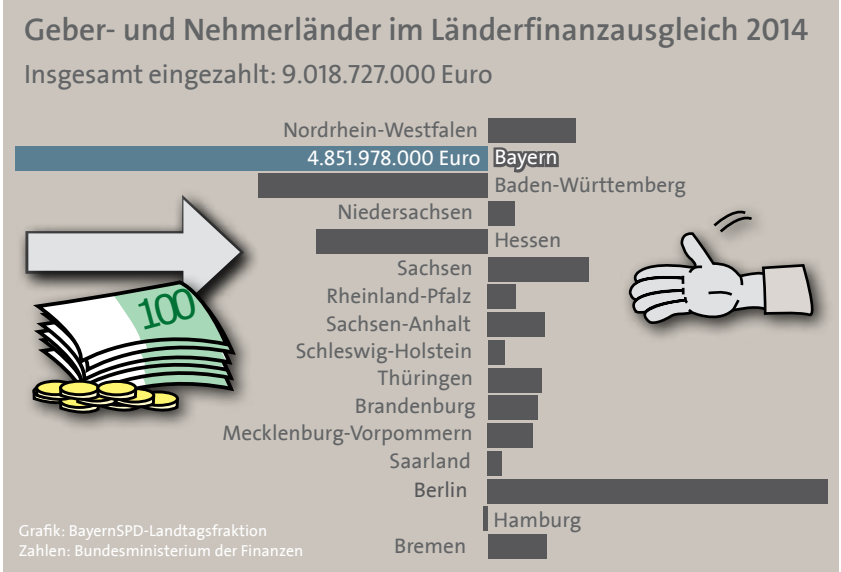
SPD-Fraktionschef Rinderspacher will Länderfinanzausgleich halbieren

Über fünf Milliarden Euro. So viel zahlt Bayern in diesem Jahr wohl in den Länderfinanzausgleich ein. Für den SPD-Finanzexperten **Volkmar Halbleib** ein unhaltbarer Zustand: „Wir brauchen hier eine deutliche Reduzierung. Das jetzige System ist nicht gerecht und schafft zu wenig Anreize sowohl für die Nehmer- wie die Geberländer.“

Für die seit Jahren immer größer werdenden Summen gibt es Gründe – und zwar positive wie auch negative. Positive Ursachen sind die Kraft der bayerischen Wirtschaft, die Erfolge der heimischen Unternehmen und die dadurch steigenden Steuereinnahmen. Die negative Ursache heißt CSU, wie Haushaltsexperte **Harald Gül-**

ler erläutert: „2001 hat sich der damalige bayerische Ministerpräsident Stoiber bei den Verhandlungen über den Länderfinanzausgleich über den Tisch ziehen lassen. Der miserable Vertrag trägt seine Unterschrift. Und der heutige CSU-Chef Seehofer hat damals im Bundestag begeistert dafür gestimmt.“

Um lediglich eine Milliarde Euro will die Staatsregierung nun die Zahlungen reduzieren. SPD-Fraktionschef **Markus Rinderspacher** ist das zu wenig: „Die CSU backt zunehmend kleinere Brötchen. Vor einem halben Jahr hatte Finanzminister Söder noch gefordert, die Belastung müsse halbiert werden. Das klingt für mich nach der richtigen Größenordnung.“



Gratisobst für Krippenkinder: CSU lehnt SPD-Vorstoß eiskalt ab

Dürften sich Kleinkinder ihren Speiseplan selbst zusammenstellen, sähe der vermutlich so aus: Nudeln und Gummibärchen. Umso wichtiger ist die regelmäßige kostenlose Versorgung von Kindergartenkindern mit Obst und Gemüse, und umso unverständlicher ist die Weigerung der CSU, das Programm auch auf Kindertagesstätten für Unterdreijährige auszuweiten. Dass ausgerechnet den Kleinsten die Förderung von gesunder Ernährung verwehrt wird, macht **Ruth Müller**, Ernährungs- und Landwirtschaftsexpertin der BayernSPD-Landtagsfraktion und Initiatorin des Gratis-Obst-Programms, fassungslos: „Nicht nur aus gesundheitlichen, sondern auch aus pädagogischen Gründen

spricht alles dafür, diese Altersgruppe an Obst und Gemüse zu gewöhnen.“ Besonders absurd: In Einrichtungen, die sowohl Über- als auch Unterdreijährige beherbergen, kommen die „Großen“ in den Genuss des Programms, die Jüngsten jedoch nicht.



Foto: © malivan - fotolia.com

Obergrenze für Dispozinsen

Während Banken selbst nicht einmal ein Prozent Zinsen zahlen müssen, verlangen sie von ihren Kunden für Überziehungskredite im Schnitt 10,5 Prozent. Der SPD-Finanzpolitiker **Dr. Herbert Kränzlein** fordert deshalb eine gesetzliche Begrenzung: „Diese Zinsen sind nahe am Wucher! Wir wollen, dass der Dispozins maximal sieben Prozentpunkte über dem Leitzins der Europäischen Zentralbank liegen darf.“

Mikroplastik gefährdet bayerisches Bier

Laut Umweltbundesamt werden in Deutschland pro Jahr rund 500 Tonnen Mikroplastik allein in Kosmetika wie Hautcremes, Peelings, Duschgels und Shampoos eingesetzt. Die Partikel können oftmals von Kläranlagen nicht ausreichend herausgefiltert werden. „Diese Mikroplastik landen deshalb in unserem Trinkwasser und damit auch in unserem Bier“, warnt der SPD-Verbraucherspezialist **Florian von Brunn**. „Wir wissen nicht, wie Mikroplastik auf den menschlichen Körper wirkt. Deshalb müssen wir die Bevölkerung vor dieser möglichen Gefahr schützen!“ Die Konzentration von Mikroplastik in Kosmetika ließe sich senken, wenn andere Stoffe verwendet würden. „Einige Hersteller verzichten von sich aus bereits auf Mikroplastik, der Einsatz ist also gar nicht unbedingt notwendig. Es spricht also nichts gegen ein generelles Verbot! Zumal die Gesundheit der Bevölkerung wohl wichtiger ist, als die wirtschaftlichen Interessen von Firmen“, unterstreicht der SPD-Umweltexperte Harry Scheuenstuhl.

Impressum

Herausgeber
BayernSPD-Landtagsfraktion
Vorsitzender Markus Rinderspacher
und stv. Vorsitzender
Hans-Ulrich Pfaffmann
Maximilianeum
81627 München

Redaktion
Ulrich Meyer (V.i.S.d.P.),
Caro Arns, Felix Hälbich,
Markus Hautmann, Michael Bock
Telefon: 089 – 4126 2347
E-Mail: zeitung@bayernspd-landtag.de

BayernSPD-Landtagsfraktion
Pressestelle
Maximilianeum
81627 München

Layout
shot one GmbH

Druck
Frankenpost Verlag GmbH
Druckzentrum



Foto: BayernSPD

Barrierefreiheit quer durchs Land!

KOMMENTAR VON
NATASCHA KOHNEN, MdL
Generalsekretärin BayernSPD

Die Kampagne „Bayern Barrierefrei“ läuft seit einigen Wochen auf Hochtouren. Quer durch Bayern finden Aktionen statt, die auf bestehende Hindernisse und Barrieren aufmerksam machen oder die positive Beispiele aufzeigen. Auch die Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion beteiligen sich mit kreativen Aktionen und Veranstaltungen daran, dass die Hürden im Alltag für alle Menschen in Bayern immer weniger werden. Die gleichberechtigte Teilhabe an allen Angeboten der Gesellschaft muss für Menschen mit und ohne Handicap sichergestellt werden. Egal ob Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen, Reisende, Familien mit Kinderwägen, wir alle können im Laufe unseres Lebens auf Barrierefreiheit angewiesen sein. Es gilt: Für zehn Prozent notwendig, für 30 Prozent hilfreich, für uns alle eine Bereicherung!

Ziel der Kampagne ist es, Bayern in Zukunft Stück für Stück barrierefreier zu machen und die Betroffenen als Experten in eigener Sache noch stärker mit ins Boot zu holen: Gemeinsam lässt sich viel mehr erreichen. Solidarität, Hilfe und gegenseitige Unterstützung sind das, was die Kampagne auszeichnet. Die Kernkompetenz der SPD ist soziale Gerechtigkeit. Mit der Aktion „Bayern Barrierefrei“ können wir genau diese Kompetenz zeigen und in die Tat umsetzen. Es ist ein sehr gut regionalisierbares Thema, welches nicht von oben herab umgesetzt werden kann: Alle können mit anpacken, um den Menschen zu helfen. Ich freue mich auf viele weitere kreative, spannende, aber vor allem hilfreiche Aktionen, die letztendlich für eine Verbesserung sorgen und den Menschen so den Alltag erleichtern. Barrieren können gemeldet werden unter bayernbarrierefrei.de. Hier kann sich jeder über Fundstellen und Berichte informieren, die bisher eingegangen sind.



Foto: Büro Susann Biedefeld



Foto: Büro Arif Tasdelen



Foto: Büro Dr. Christoph Rabenstein

Foto links oben: Inklusionslauf in München am 16. Mai. v.l.: **Natascha Kohnen**, MdL und Generalsekretärin der BayernSPD, Sybille Brandt, Vorsitzende der SPD-AG „Selbst Aktiv“, OB Dieter Reiter, Bundesbehindertenbeauftragte Verena Bentele und Petra Reiter. Rechts oben: Ortsbegehung zur Barrierefreiheit mit der Abgeordneten **Susann Biedefeld** (r.) in Coburg. Zweites Foto von oben: MdL **Arif Tasdelen** (2. v. l.) erkundet im Selbstversuch das Blindenleitsystem am Bahnsteig Friedrich-Ebert-Platz in Nürnberg. Drittes Foto von oben: Hans-Walter-Wild-Stadion in Bayreuth mit MdL **Dr. Christoph Rabenstein** (3. v. l.) – Barrierefreiheit auch für Fußballfans? Unten links: Ortsbesichtigung des Vorstands der BayernSPD-Landtagsfraktion am nicht barrierefreien Bahnhof im mittelfränkischen Georgensmünd. v.l.: **Helga Schmitt-Bussinger** (Fraktionsvizein), **Volkmar Halbleib** (Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion), **Elias** (2) mit seiner Großmutter, **Markus Rinderspacher** (Fraktionsvorsitzender), Bürgermeister Ben Schwarz und **Inge Aures** (Vizepräsidentin des Bay. Landtags).



Foto: BayernSPD-Landtagsfraktion

VON CARO ARNS

Franz Schindler, Vize-Vorsitzender des Schottdorf-Untersuchungsausschusses im Bayerischen Landtag, wirkt leicht genervt. „Ich habe von den Kronzeugen Beweise erwartet, nicht nur Vermutungen“, knurrt er. „In einem Untersuchungsausschuss wollen wir die Wahrheit herausfinden. Gerüchte genügen uns nicht!“ Schindler ist in seiner Fraktion Untersuchungsausschuss-Experte – jener Ausschüsse, bei denen öffentliche Vorwürfe gegen staatliche Institutionen parlamentarisch untersucht werden, samt zeitraubenden Aktensichtungen und zähen Zeugenbefragungen. Bei Schindlers letztem Untersuchungsausschuss im Jahr 2013, als es um Fehler in der Aufklärung der rechtsextrem motivierten NSU-Morde ging, gab es Beweise. Aktenschränkeweise. Die Beamten knickten irgendwann unter dem Vorsitzenden Schindler ein, gaben verheerende Fehler zu, am Ende des Untersuchungsausschusses standen eine riesige Blamage für den bayerischen Verfassungsschutz und die Forderung nach einer Reform – die zwar immer noch nicht wirklich umgesetzt ist, ohne die es aber langfristig nicht gehen wird. Beim jetzigen Untersuchungsausschuss in der Schottdorf-Affäre sieht die Sache anders aus. Der Untersuchungsausschuss „Labor“, wie er offiziell heißt, ist sehr kompliziert – wie auch der zeitgleich stattfindende „Modellbau“-Ausschuss, der die Vorwürfe gegen die frühere Staatskanzleifin Christine Haderthauer behandelt und der vom SPD-Abgeordneten Horst Arnold geleitet wird. Beim Ausschuss „Labor“ geht es um den europaweit größten Anbieter von Laborleistungen, den Augsburger Bernd Schottdorf, der über Jahre im großen Stil gemeinsam mit Tausenden Ärzten bei Abrechnungen betrogen haben soll. Wieder und wieder wurde Schottdorf für dieses und für andere Delikte vor Gericht gestellt, manchmal verurteilt, öfter freigesprochen. Einer seiner Anwälte war Peter Gauweiler, ein CSU-Schwergewicht. Der Fall Schottdorf ist ein schier undurchdringliches juristisches Chaos aus offensichtlichen Fehlentscheidungen, aus Befindlichkeiten, aus Kungelei. Zwei Kripobeamte, die Kronzeugen des Ausschusses, sprechen davon, dass die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen gegen Schottdorf auf CSU-Druck hin behindert haben.

Ein Sturkopf sucht die Wahrheit

Akten, Zeugen und Enttäuschungen: Franz Schindler kämpft im Schottdorf-Untersuchungsausschuss gegen vorschnelle Polemik und für Rechtschaffenheit



Ein harter Hund – nicht nur im Untersuchungsausschuss: der SPD-Abgeordnete Franz Schindler.

Es riecht nach einem abgekarteten Spiel der Staatsanwaltschaft, nach Behinderung der Kripobeamten durch die Justiz, nach CSU-Einflussnahme, nach all dem Filz, den so viele Journalisten und noch mehr Oppositionspolitiker so gern aufdecken und beweisen würden. Franz Schindler würde das auch gerne. Aber ihm reichen Vermutungen und Gefühle nicht. Er braucht Beweise. Und die gibt es noch nicht. Seit 25 Jahren ist er in diesem Jahr Mitglied des Bayerischen Landtags und in dieser Funktion nicht nur im Schottdorf- und NSU-Ausschuss,

sondern auch in einer ganzen Reihe anderer Untersuchungsausschüsse tätig gewesen. Außerdem leitet er in dieser Legislaturperiode den einflussreichen Verfassungsausschuss im Landtag. Politisch interessiert war er schon lange vor seiner Landtagskarriere: Schülersprecher, Juso, Stadtrat, Kreisrat. Auf Bildern aus dem Jahr 1985 protestiert er gemeinsam mit linken Gruppen gegen die atomare Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf, auf der Gedenkfeier 2014 lobte er ausdrücklich auch die autonomen Chaoten von damals. Nicht die einzige und auch

nicht die erste Gelegenheit, bei der Kollegen aus dem Landtag betreten auf den Boden schauen. Fast schon legendär sind nicht nur seine Frisur und sein Bart, die sich in all den Jahren nicht nennenswert verändert haben. Auch seine Streitlust unter anderem mit Abgeordneten der eigenen Fraktion sind altbekannt – und auch sein überaus ungesunder Zigarettenskonsum. Es gibt Wohlfühlpolitiker, die die Herzen der Menschen im Sturm erobern, grinsend Selfies schießen und gegenüber Journalisten lieber einen knalligen Satz zu viel

als zu wenig sagen. Und es gibt das Gegenteil: Politiker, die eher schweigen oder alternativ Journalisten anblaffen, als irgendetwas Halbgares in die Welt zu setzen. Ein runder Albtraum für ihre Pressepriester. Franz Schindler macht keine Selfies, so viel ist mal klar. Im Untersuchungsausschuss „Labor“ ist Schindler einer jener Abgeordneten, die immer anwesend sind. Auf der Festplatte zum Ausschuss befinden sich unzählige Akten – wenn er raten müsste, sagt Schindler, umgerechnet ungefähr 2.000 vollgepackte Leitz-Ordner. Material, das er mit seinem

SPD-Kollegen im Ausschuss, Horst Arnold, in Gänze sichten muss. Zwei Tage in der Woche gehen nur für den Untersuchungsausschuss drauf, weitere zwei für den Vorsitz im Verfassungsausschuss – die restliche Zeit ist er als Ansprechpartner für die Menschen in seinem Stimmkreis Schwandorf da. Sicher wäre es einfacher, Journalisten zu erzählen, was sie hören wollen, sagt Schindler. Dass man zum Beispiel, Beweise hin oder her, den Kripobeamten Glauben schenken muss. Einfach, weil es so schön wäre. Längst ist er nicht bei allen, aber bei einigen Journalisten etwas unten durch dafür, dass er auch bei den Kripobeamten ganz genau und fünfmal nachfragt, wie es damals war – wie er es bei allen Zeugen in diesem und in allen anderen Untersuchungsausschüssen immer gemacht hat. „Wir wären definitiv eine Bananenrepublik, wenn sich die Vorwürfe durch handfeste Beweise bestätigen würden“, sagt Schindler. Immerhin gibt es zahlreiche Zeugen, die es bei der Suche nach der Wahrheit noch zu vernehmen gilt, der Untersuchungsausschuss ist längst nicht am Ende. Spannend dürfte zum Beispiel die Vernehmung von Staatsanwälten werden, die erklären müssen, warum sie Ermittlungsverfahren gegen Hunderte von Ärzten einfach so verjähren ließen. Doch bis es so weit ist, wird Schindler sich weiter mit einer vorschnellen Bewertung zurückhalten und vielleicht auch einige enttäuschen. Er hat dafür nur ein lässiges Schulterzucken übrig.



Fraktionschef Markus Rinderspacher (v. l.) und Gesundheitspolitikerin Kathrin Sonnenholzner im Gespräch mit dem Kronprinzenpaar Frederik und Mary.

Dänisches Kronprinzenpaar besucht Bayerischen Landtag

Königliche Stippvisite im Maximilianeum: Das dänische Kronprinzenpaar Frederik und Mary stattete dem Parlament am 20. Mai einen Besuch ab. Neben dem Eintrag in das Ehrenbuch nahm das Kronprinzenpaar an einem politischen Dialog zum Thema Diabetes im Senatssaal teil. Die SPD-Gesundheitsexpertin Kathrin Sonnenholzner erinnerte an die Brisanz dieser Thematik: „Der Besuch zeigt, wie wichtig nachhaltige Diabetesstrategien sowohl für Bayern als auch für

Dänemark sind.“ SPD-Landtagsfraktionschef Markus Rinderspacher hatte Gelegenheit, ausführlich mit dem Kronprinzenpaar zu sprechen: „Das war ein sehr sympathischer und auch politisch sinnvoller Besuch bei uns in München. Wir haben uns auch über das dänische Wohlfahrtsmodell unterhalten, das für Bayern Vorbild sein kann. Dänemark steht für eine ehrgeizige Sozialpolitik, einen hohen Lebensstandard und geringe Einkommensunterschiede.“

Einige berühmte Untersuchungsausschüsse ...

- „Hohlmeier“ (2005): Monika Hohlmeier, Ministerin und Tochter von Franz Josef Strauß, wurde vorgeworfen, Stimmenkauf in der Münchner CSU gedeckt zu haben. Folge des UA: Hohlmeier trat als Kultusministerin in Bayern zurück.
- „BayernLB“ (2010): Die Bayerische Landesbank unter CSU-Politiker-Aufsicht kaufte 2007 für 1,6 Milliarden Euro Anteile an der maroden österreichischen Bank HGAA – das Geld war futsch, die Zinsen belasten die Bayern noch heute. Folge des UA: Anklagen gegen die verantwortlichen Banker.
- „Mollath“ (2013): Der Nürnberger Gustl Mollath war über Jahre gegen den eigenen Willen in einer Psychiatrie untergebracht – seinen Vorwürfen zufolge ohne stichhaltige Beweise und durch Korruption der Behörden. Im Laufe des UA wurde Mollath entlassen, sein Verfahren neu aufgerollt – und er am Ende freigesprochen.
- „NSU“ (2013): Eine rechtsextrem motivierte Mordserie an Migranten erschütterte Deutschland und Bayern, doch Kripo und Verfassungsschutz auch in Bayern leisteten sich schreckliche Fehler bei der Aufklärung. Folge des UA: Schwere Vorwürfe gegen den Verfassungsschutz und Reformankündi-

Schiene, Straße, Schifffahrt: Bayern muss vorankommen!

SPD fordert mehr Geld für die Mobilität



VON CARO ARNS

Marode Staatsstraßen, ein Schienennetz, das mehr als ausbaufähig ist – nicht nur in München mit einer zweiten Stammstrecke – und ein öffentlicher Nahverkehr, der in vielen Regionen Bayerns den Namen nicht verdient: Der SPD-Verkehrsexperte [Bernhard Roos](#) schlägt Alarm. „Bayern steht offiziell gut da. Ein Blick auf die Infrastruktur jedoch verrät eklatanten Nachholbedarf, der gewaltig ins Geld geht – je länger man damit wartet“, mahnt der Niederbayer. „Allein die Staatsstraßen verzeichnen einen Investitionsstau von 700 Millionen Euro. Das sind versteckte Staatsschulden, die diese Staatsregierung, ohne zu zögern, auf die nächste Generation verlagert.“ Doch nicht nur auf den Schienen besteht Grund zur Besorgnis: „Die Verkehrsprognosen sehen bis 2030 einen Zuwachs im Schwerlastverkehr bis zu 50 Prozent – eine enorme Belastung

für die bayerischen Straßen und übrigens auch für die Anwohner. Hier muss die CSU-Regierung dringend tätig werden: Für die Verlagerung auf Schiene und Schiffe muss ein Konzept her. Im Übrigen ist die Staatsregierung in der Pflicht, auch ihren eigenen Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt zum Wohle Bayerns stärker mit einzubinden.“ Der [SPD-Verkehrsexperte](#) Roos wirft der CSU im Bund eine reine Blender-Politik vor: „Es kann doch nicht wahr sein, dass diese Partei im Bund gegen den Widerstand aller anderen Parteien und übrigens auch des allergrößten Teils der Menschen eine Maut durchsetzen will, die niemand braucht. Aber wenn es darum geht, sich für erschwingliche Elektromobilität oder für eine verbraucherfreundlichere Radwegpolitik einzusetzen, kommt kaum etwas. Höchste Zeit, dass sich diese Regierung in Bund und Land für zukunftsfähige Mobilität einsetzt. Die Menschen haben ein Recht darauf!“



Ausbildungsförderprogramm auch für junge Menschen aus Nicht-EU-Staaten

Hochbegabt, fleißig – und trotzdem ohne die Chance, in Bayern zu studieren, weil das nötige Kleingeld fehlt. Eine Problematik, die junge Nicht-EU-Bürger oft davon abhält, in den Freistaat zu kommen. Diesem Umstand möchte die SPD-Bildungsexpertin [Kathi Petersen](#) abhelfen. „Junge Menschen im Ausland müssen die Möglichkeit haben, Nutznießer von Förderprogrammen werden zu können, zum Beispiel des Max-Weber-Programms“, erläutert die Unter-

fränkin. „Das wäre ein echter und wirkungsvoller Beitrag zur Integrationspolitik. Facharbeiter, die in Bayern händeringend gesucht werden, können schon im Studium an den Freistaat gebunden werden. Es darf nicht sein, dass nur die Kinder reicher Eltern aus dem Ausland in den Genuss kommen dürfen, an einer Würzburger, einer Nürnberger oder an einer Münchner Universität zu studieren. Ein guter Weg, Bayern internationaler zu machen!“



Flüchtlingspolitik, ein Prüfstein für Europa

KOMMENTAR VON [HANS-ULRICH PFAFFMANN](#), MdL
Stv. Fraktionsvorsitzender

Die Bürgerinnen und Bürger machen sich Sorgen und haben oftmals Angst angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen in den Städten und Gemeinden. Angst vor dem Unbekannten, vor der Veränderung des sozialen Zusammenlebens in ihrem Heimatort. Diese Sorgen müssen ernst genommen werden. Ein moralischer Zeigefinger hilft da nicht. Städte und Gemeinden, ihre Bürgermeister, die Gemeinderäte stehen vor großen organisatorischen Herausforderungen, eine menschenwürdige und integrative Unterbringung sicherzustellen. Die Entscheidungen sind oftmals von Kalkül und Geschrei begleitet, wobei sich die Flüchtlingspolitik am wenigsten für Wahrheitsdebatten eignet. Auch die rhetorische Keule, zuweilen von der bayerischen Regierungspartei ausgepackt, hilft nicht weiter. Wer auf dem Rücken der Flüchtlinge Profilierungsversuche austrägt, ist kein Schutzpatron christlicher Grundüberzeugungen, sondern das Gegenteil. Es ist klar: Die Städte und Gemeinden geben ihr Bestes und verdienen jede Unterstützung. Die Menschen vor Ort organisieren sich ehrenamtlich. Ohne diese ehrenamtliche Unterstützungsarbeit sähe es düster aus. Nicht die EU, sondern die Ehrenamtlichen sind die Aushängeschilder der humanen europäischen Gesellschaft. Die Verbände halten die Flüchtlingsunterkünfte am Laufen und leisten unverzichtbare Betreuungs- und Integrationsarbeit. Sie, nicht die Staats- und Regierungschefs, sind die Botschafter Europas in der Flücht-

lingsfrage. Es wäre wünschenswert, wenn die EU mit gleichem Engagement für ein verbindliches Konzept für alle EU-Länder sorgen würde. Das ist der Prüfstein für ein soziales Europa. Gelingt es nicht, ein europäisches Aufnahmesystem zu schaffen, das gerecht ist und die jeweilige Lage der europäischen Länder berücksichtigt, und gelingt es nicht, europaweit gültige und bitteschön straffbewehrte Standards mit dem Anspruch einer menschenwürdigen und integrativen Unterbringung einzuführen, scheitert das soziale Europa. Europa darf nicht nur eine Wirtschaftsunion sein, Europa muss eine Wertegemeinschaft werden. Zugegeben, das ist nicht einfach, aber alternativlos. Es kann nicht sein, dass Menschen, die vor Hunger, Krieg und Vertreibung flüchten müssen und in den europäischen Ländern Asyl suchen, nicht aufgenommen werden – egal, wie viele es sind. Die Frage sei hier erlaubt: Kennt Humanität Grenzen oder Quoten? Es ist unerträglich, dass Menschen im Mittelmeer ertrinken, weil es der EU bisher nicht gelingt, in einer gemeinsamen Anstrengung die viel beschworenen gemeinsamen europäischen Werte endlich als Maßstab der Politik und als vorrangig vor partikularen Interessen einzustufen. Humanitätspatos reicht nicht. Schaffen wir das nicht, wird die Weiterentwicklung Europas von einer Wirtschaftsgemeinschaft zu einer Sozialunion nicht gelingen. Gemeinsame wirtschaftliche Interessen umsetzen – ja! Gemeinsame Friedenspolitik – unbedingt! Was noch fehlt, ist eine gemeinsame gerechte und solidarische Sozialpolitik nach humanistischen Grundsätzen. Aber vielleicht ist das ja gar nicht von allen gewollt.

Zukunftsaussichten für Bayern: Ein Sturm zieht auf

McKinsey-Studie stellt der CSU-Staatsregierung ein miserables Zeugnis aus

VON ULRICH MEYER

„Bayerisches Erfolgsmodell in Gefahr“ – so hat die internationale Unternehmensberatung McKinsey die Ergebnisse ihrer Studie über die Zukunftsaussichten des Freistaats zusammengefasst. Erheblichen Nachholbedarf sieht sie beim Umgang mit Migranten, bei den Bildungschancen für Kinder aus ärmeren Familien, beim Internetausbau und bei der Förderung von Unternehmensgründern. Bayern gebe hier im nationalen und internationalen Vergleich kein gutes Bild ab. „Von der zunehmenden Digitalisierung und Automatisierung werden 40 Prozent der Arbeitsplätze in Bayern betrof-

fen sein und damit bedroht, wenn nicht reagiert wird“, heißt es in der Studie. Als einen relevanten Zukunftsindikator beschreibt McKinsey die Notwendigkeit, den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Bei der Einkommensverteilung sieht die Studie Bayern nur auf Platz 9 im Bundesländervergleich – und deutlich hinter den skandinavischen Ländern. „Das Maß an Einkommensspreizung birgt die Gefahr sozialer Spannungen“, heißt es in dem Bericht. [SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher hält diese Analyse für ebenso beunruhigend wie treffend](#). Der Staat müsse aktiv werden und die richtigen Rah-

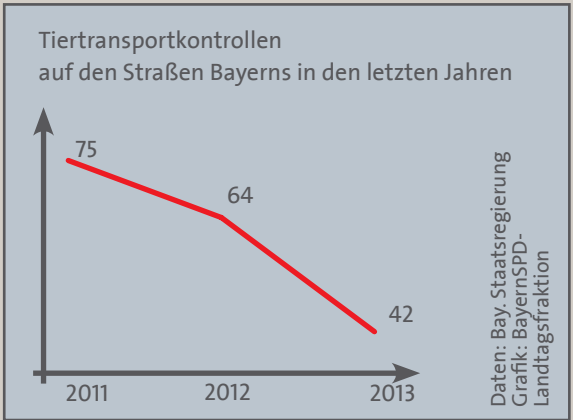
menbedingungen für eine sichere Zukunft setzen: „Wir wollen eine Renaissance der sozialen Marktwirtschaft nach Ludwig Erhard und Karl Schiller. Wohlstand für alle statt Reichtum für wenige!“ Die SPD-Fraktionsvizin [Dr. Simone Strohmayr](#) fordert mehr Ganztagsschulangebote, weniger Unterrichtsausfall und kleinere Klassen: „Kein Kind darf verloren gehen. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit und auch der volkswirtschaftlichen Vernunft.“ Wichtig sei auch die Integration von Zuwanderern, so Rinderspacher im Landtag. Statt mit Kampfrhetorik die Gesellschaft zu spalten, solle die Regierung dem SPD-Integrationsgesetz zustimmen.



CSU vernachlässigt den Tierschutz

Im Mai 2001 hat der Landtag auf SPD-Druck beschlossen, bei Tiertransporten stärker als bisher die Einhaltung der neuen Tiertransportverordnung zu kontrollieren. [Doch die Kontrollen nahmen alleine von 2011 bis 2014 um über ein Drittel ab](#). Gut eine halbe Milliarde Geflügel, Schweine und Rinder werden laut EU jährlich auf Europas Autobahnen

transportiert. Ihr Schicksal dürfe uns in Bayern nicht kalt lassen, mahnt die Tierschutzsprecherin [Susann Biedefeld](#): „Unser Umgang mit Nutztieren ist ohnehin fragwürdig, und man kann die Praxis der Tiertransporte in Frage stellen. Umso wichtiger ist die Einhaltung der Regelungen. Dass mus über flächendeckende Kontrollen sichergestellt werden.“



Arif Tasdelen: Integration in Bayern fördern



Arif Tasdelen, MdL, als Kind aus der Türkei nach Bayern gekommen, ist der erste bayerische Landtagsabgeordnete mit Migrationshintergrund und Experte der SPD-Landtagsfraktion für Integration.

Die gelungene Integration von hier lebenden Ausländern ist ein besonders wichtiges Anliegen der SPD-Landtagsfraktion. In Bayern hat schon heute ein Fünftel der Menschen einen Migrationshintergrund. „Bayern kann es sich nicht leisten, die Potenziale dieser Menschen zu vergeuden. [Sie müssen sich willkommen fühlen](#) und sich mit ihrer neuen Heimat identifizieren“, betont der integrationspolitische Sprecher der Landtagsfraktion Arif Tasdelen. Manches dafür Notwendige braucht sicherlich länger, anderes sind Kleinigkeiten – aber mit hohem Symbolwert. „So sollte es zum Beispiel kein Problem sein, auch in Bayern im Leintuch bestattet zu werden. Damit würde auf die religiösen Rituale von Muslimen und Juden Rücksicht genommen, die gerne auf Särge verzichten würden“, betont Tasdelen. Die junge Deutsch-Türkin Hürmüz Sen aus Nürnberg hat ihren Vater in der Türkei bestattet. „Mir wäre es lieber, ihn bei mir in der Nähe zu haben. Dann könnte ich öfter zu seinem Grab gehen und ihn besuchen. Die Sargpflicht ist für mich überhaupt nicht nachvollziehbar.“

Rinderspacher wieder unterwegs mit den „Roten Radlern“



Es gehört mittlerweile zur guten Tradition von Fraktionschef Markus Rinderspacher, sich den Freistaat im Sommer mit dem Rad zu erstrampeln und dabei Land und Leute hautnah kennenzulernen.

In diesem Jahr ist er eine Woche lang in fünf Regierungsbezirken unterwegs. Los geht's am 27. Juli im Landkreis Rosenheim, wo er zusammen mit der Vorsitzenden des Kreisverbandes Alexandra

Burgmaier die Gegend erkundet. Die nächste Etappe führt in den Landkreis Dillingen, dort wird der Landtagsabgeordnete (MdL) Herbert Woerlein mit dabei sein. Am nächsten Tag geht es weiter in die Oberpfalz, wo Rinderspacher vom MdL Reinhold Strobl begleitet wird. Am Donnerstag ist der Stimmkreis von MdL Harry Scheuenstuhl im Mittelfranken dran. Die letzte Etappe führt entlang des wunderschönen Forggensees im Allgäu – zusammen mit MdL Paul Wengert.

Alle Radlbegeisterten sind herzlich eingeladen, mitzufahren und die „Roten Radler“ zu unterstützen.

Aktuelle Touren-Infos unter: bayernspd-landtag.de/rote-radler



Helga Schmitt-Bussinger: Fraktionsvizin im Einsatz

Oft tut es gut, die Perspektive zu wechseln. Beim inklusiven Stadtspaziergang des „Arbeitskreises Familien und Lebensumfeld“ in Schwabach konnte ich mir ein Bild machen, wie es sich für Menschen mit Behinderung anfühlt, sich im Alltag zurechtzufinden. Im Rollstuhl habe ich einen mir bekannten Weg ganz neu erfahren müssen. Es war enorm schwer, im Rollstuhl voranzukommen, und ärgerlich, wenn es durch Barrieren unmöglich gemacht wird. Die rege Beteiligung am Spaziergang hat gezeigt, dass dieses Thema den Menschen am Herzen liegt. Deshalb ist es gut, dass die BayernSPD die Barrierefreiheit besonders in den Fokus ihrer Arbeit genommen hat. Der Ministerpräsident hat angekündigt, dass Bayern 2023 barrierefrei sein wird, das nehmen wir ernst. Viel ist zu tun, damit Familien mit Kindern, Sehbehinderte, Senioren oder Behinderte ohne Probleme im Alltag zurechtkommen. Um die Problempunkte anzusprechen, veranstalte ich einen Empfang mit dem Titel „Ohne Barrieren leben – geht das?“. Es gibt viel zu tun, packen wir's an.



Karikatur: Heiko Sakurai

Termine

6.7.15, 10.30 Uhr
Polizeitag (Plenarsaal)

13.7.15, 18.00 Uhr
Podiumsdiskussion zur
Flüchtlingspolitik
(Konferenzsaal)

17.7.15, 18.00 Uhr
Empfang zur Entwicklungs-
politik (Senatssaal)

28.7.15, 18.00 Uhr
Talk im Max: Kultur ohne
Handicaps (Senatssaal)

Mehr Infos unter:
bayernspd-landtag.de/presse

Abgeordneter Stefan Schuster kämpft für griechischen Hund

Ein Urlaub auf Kreta hat sich für den Nürnberger SPD-Landtagsabgeordneten Stefan Schuster in eine Tierrettungsaktion verwandelt. Auf der morgendlichen Joggingrunde kam Schuster an einem Hund vorbei, der in einem verwahrlosten Vorgarten dahinvegetierte. Mit einer kurzen Kette war das Tier an einen Baum gebunden. „Über und über war der arme Hund voller Zecken, der Nacken war wund durch das viel zu enge Halsband“, erzählt Schuster noch immer erschüttert.



Auf Kreta ein Herz und eine Seele – und hoffentlich auch bald in Franken vereint: Stefan Schuster und der (noch) namenlose Hund.

Für Schuster war klar, dass er handeln musste. Zusammen mit seiner Landtagskollegin Martina Fehlner, die ebenfalls auf Kreta Urlaub machte, alarmierte er den griechischen Tierschutz und die Polizei. Der Hundebesitzer, ein örtlicher Geistlicher, legte einen gefälschten Impfpass vor und landete für eine Nacht im Polizeigewahrsam. Doch der Kampf ist noch nicht gewonnen. Schuster versucht nun, den Hund zu sich nach Franken zu holen. „Ich hoffe so sehr, dass mir das gelingt.“